



Zwischen
der Freien und Hansestadt Hamburg
Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde)
Adolph-Schönfelder-Straße 5
22083 Hamburg,

und

der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e.V. (AGFW)
Burchardstraße 19
20095 Hamburg,
vertreten durch den Geschäftsführer Jens Stappenbeck,

wird folgende **Vereinbarung** geschlossen:

Präambel

Infolge der COVID-19-Pandemie haben auch in Hamburg sehr viele Menschen ihr Einkommen ganz oder teilweise verloren und sind auf existenzsichernde staatliche Leistungen und oft auch auf ergänzende zivilgesellschaftliche Hilfe angewiesen. So ist z.B. bei der Hamburger Tafel die Nachfrage nach Lebensmitteln in den letzten Monaten deutlich gestiegen. Auch andere zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine und Organisationen leisten jeden Tag unverzichtbare Hilfen für durch die Corona-Pandemie in Not geratene Menschen.

Einrichtungen wie die Hamburger Tafel, aber auch andere Organisationen und Initiativen in der Obdachlosen- und Wohnungslosenhilfe bzw. in der Hilfe für Bedürftige leisten einmal mehr einen hohen und wertvollen Beitrag, dass bedürftige Menschen ergänzend mit Lebensmitteln oder Kleidung versorgt werden können. Viele freiwillig engagierte Helferinnen und Helfer sorgen täglich dafür, dass gespendete Lebensmittel oder Kleidung abholt, gelagert, an Bedürftige ausgegeben oder an soziale Einrichtungen geliefert werden.

Angesichts weiterhin hoher Corona-Infektionszahlen und eines steigenden Anteils von Mutations-Nachweisen, die als infektiöser gelten als das ursprüngliche Virus, steigt auch die Angst der freiwilligen Helferinnen und Helfer, sich anzustecken. Laien-Selbsttests sind in absehbarer Zeit noch nicht ausreichend auf dem Markt und so sind die Organisationen mit erheblichen Mehrkosten durch coronabedingte Schutzausrüstungen und notwendige Testungen belastet. Diese Mehrkosten können nicht durch die bisherigen Einnahmen aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen u.ä. gedeckt werden und gefährden so die Weiterführung ihrer Arbeit.

Ziel dieser Vereinbarung ist daher, über die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AGFW) im Sinne des §5 (5) SGB XII schnell und unbürokratisch finanzielle Hilfe für coronabedingte Mehrkosten zu leisten, um den insbesondere ehrenamtlichen Tätigen in Initiativen/Organisationen/Vereine in der Obdachlosen- und Wohnungslosenhilfe bzw. in der Hilfe für Bedürftige, die sonst für diesen Zweck



keine finanziellen Zuwendungen oder Sachmittel erhalten, die Aufrechterhaltung des Engagements zur Versorgung unterstützungsbedürftiger Menschen mit Lebensmitteln und Sachspenden unter den erforderlichen Hygiene- und Schutzkonzepten weiter zu ermöglichen.

Die hamburgische Bürgerschaft unterstützt dieses Anliegen mit ihrem Ersuchen 22/3515 „Zivilgesellschaftliche Initiativen für einkommensschwache Haushalte brauchen Hilfe bei der Finanzierung von Corona-Schutzkonzepten“ vom 09.03.2021.

1. Gegenstand

Die AGFW erhält von der Sozialbehörde einmalig die Summe von

103.000 EUR (Eihundertdreitausend EURO)

mit dem Ziel, Initiativen/Organisationen/Vereine der Obdachlosen- und Wohnungslosenhilfe bzw. der Hilfe für Bedürftige, im Sinne der Präambel auszuwählen und diese finanziell zu unterstützen und ihnen Aufwendungen für die Umsetzung von Hygiene- und Schutzkonzepten zu erstatten, damit sie ihre Arbeit mit den freiwilligen Helferinnen und Helfer über adäquate Schutzmaßnahmen, wie z.B. regelmäßige und zuverlässige Antigentests vor Ort, in der Pandemie weiter aufrechterhalten können.

2. Vorgaben

- a) Die AGFW gewährt finanzielle Hilfen oder geldwerte Leistungen nach Maßgaben von Ziffer 1. Durch die Nähe zu den Hilfeleistenden hat die AGFW als Zusammenschluss mehrerer Wohlfahrtsverbände einen sehr guten Überblick, welche Organisationen am dringendsten finanzielle Hilfe benötigen.
- b) Die AGFW trifft ihre Entscheidung nachvollziehbar und dokumentiert, welcher Verein bzw. welche Initiative/Organisation, wann und für welche Maßnahmen eine finanzielle Unterstützung erhalten hat. Die Dokumentation ist zeitnah auf Abfrage der Sozialbehörde – auf jeden Fall aber mit jeder Mittelabforderung – zur Verfügung zu stellen und bei Bedarf ergänzend zu erläutern.
- c) Die finanzielle Unterstützung darf auch für Antigen-Tests durch einen externen Dienstleister oder andere coronabedingte Mehrkosten verwendet werden, die im Sinne der Ziffer 1 entstanden sind.
- d) Die finanzielle Unterstützung ist je Initiative/Organisation/Verein auf 25.000 Euro im Zeitraum von 2 Monaten begrenzt. Soweit eine erneute bzw. darüber hinausgehende Unterstützung geplant ist, hat dies die AGFW vorher mit der Sozialbehörde abzustimmen.
- e) Die AGFW ist berechtigt, für die Abwicklung der finanziellen Hilfen, 1.500 Euro für Sachmittel und/oder Honorarkräfte pro Monat Laufzeit der Vereinbarung einzusetzen.
- f) Die unbürokratische Hilfe an die Initiativen/Organisationen/Vereine erfolgt ohne Nachweis von Einzelbelegen über die jeweiligen Kosten. Aus der Zweckbeschreibung gemäß 2b) muss jedoch nach „Treu und Glauben“ ableitbar sein, dass Aufwendungen mindestens in der Höhe der Unterstützung und im Sinn des unter Ziffer 1 genannten Gegenstands und Präambel angefallen sind.



- g) Die AGFW hat die ihr zur Kenntnis gelangten dienstlichen Angelegenheiten und Personen und Einrichtungen Verschwiegenheit gegenüber jedermann, auch nach Beendigung des Vereinbarungsverhältnisses zu bewahren. Gesetzliche Anzeigebefugnisse und Anzeigepflichten (z.B. nach § 138 StGB) bleibt unberührt. Die Nichteinhaltung dieser Vorgaben berechtigt zur Kündigung aus wichtigem Grund.
- h) Die AGFW gewährleistet, dass personenbezogene Daten nicht für Zwecke der Werbung, Markt- oder Meinungsforschung genutzt oder übermittelt werden und dass eine entgeltlich oder unentgeltlich Veräußerung dieser Daten ausgeschlossen ist.
- i) Die relevanten Daten für die Abwicklung des Vereinbarungsverhältnisses werden elektronisch gespeichert.
- j) Die Auszahlung der Mittel erfolgt auf Abforderung durch die AGFW. Die jeweils aktuelle Dokumentation gem. Ziffer 2b) ist beizufügen.
- k) Gewährte Mittel sind zurückzuzahlen, wenn gegen die Regeln dieses Vertrages verstoßen wird, insbesondere wenn Mittel zweckwidrig verwendet werden.

3. Öffentlichkeit

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg ist berechtigt, über den Vereinbarungsinhalt in der Öffentlichkeit zu berichten. Dies gilt nicht, soweit Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse betroffen sind.

Die AGFW hat ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit in der Vereinbarungssache vorher mit der Sozialbehörde (Pressesprecher) abzustimmen.

Es wird darauf hingewiesen, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben Daten nach § 7 Absatz 1 Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft in Bürgerschaftsdrucksachen veröffentlicht werden können und dass Daten aufgrund des Hamburgischen Transparenzgesetzes in elektronischer Form im Informationsregister veröffentlicht werden können. Personenbezogene Daten werden nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu anonymisieren sind. Bürgerschaftsdrucksachen werden im Internet veröffentlicht.

4. Sonstiges

Ergänzungen oder Veränderungen dieser Vereinbarung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Als Erfüllungsort und Gerichtsstand gilt Hamburg als vereinbart.

Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung unwirksam sein, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, anstelle einer unwirksamen Bestimmung eine dieser Bestimmung möglichst nahekommende wirksame Regelung zu treffen.

5. Ausschlussklärung bezüglich Scientology



5. Ausschlussklärung bezüglich Scientology

Die AGFW erklärt mit ihrer Unterschrift, dass

- (1) das Unternehmen nicht nach der Technologie von L. Ron Hubbard arbeitet,
- (2) dass weder das Unternehmen noch die Mitarbeitenden nach der Technologie von L. Ron Hubbard geschult werden bzw. keine Kurse und / oder Seminare nach der Technologie von L. Ron Hubbard besucht und
- (3) dass das Unternehmen die Technologie von L. Ron Hubbard zur Führung des Unternehmens und / oder zur Durchführung der Tätigkeit ablehnt,
- (4) dass keine Mittel an Initiativen und Organisationen weitergeleitet werden, nach der Technologie von L. Ron Hubbard arbeiten.

Hamburg, den 17.03.2021

Für die AGFW

Jens Stappenbeck
(Geschäftsführer)

Für die Sozialbehörde

Petra Lotzkat (Staatsrätin)

Thorsten Kruse

(Amtsleiter Arbeit und Integration)